



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/06/2013
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 13.11.2013
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:10 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2014/2015 und des Haushaltssicherungsplans 2014/2015
Anlage: Auszug für die Beratung im Jugendhilfeausschuss
5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. Masterplan Kultur
Vorlage: 0849/2013
7. Bericht "Die Offenen Ganztagsgrundschulen in Hagen 2008-2012"
Vorlage: 0684/2013
8. Rahmenkonzeption zur "Inklusion in den Hagener Kindertageseinrichtungen"
Vorlage: 1014/2013
9. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



II. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Auftragsvergabe!
Vorlage: 1043/2013
3. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:10 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er berichtet, dass im Vorfeld der Sitzung eine Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung stattgefunden habe. Man habe sich dort mit den Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen beschäftigt. Man werde dem Ausschuss bei der Beratung des Tagesordnungspunktes 4 davon berichten und einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Er begrüßt Frau Schärer, die als neues Mitglied des Jugendamtselternbeirates gewählt wurde.

Er stellt fest, dass es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

2. Mitteilungen

Herr Fischer berichtet, dass der Jugendring einen Sternlauf zur Pogromnacht mit 700 Teilnehmern durchgeführt habe. Nach dem Lauf hätten noch verschiedene Workshops zu dem Thema stattgefunden.

Er freut sich, den neuen Kindertafelkalender vorstellen zu dürfen, der von der evangelischen Jugend herausgebracht worden sei. Dieser sei gegen eine kleine Spende von 5 Euro zu erwerben. Diese komme der Kindertafel zugute. Im vergangenen Jahr hätte auf diesem Weg eine Summe von 40.000 Euro an Spenden eingenommen werden können.

Herr Strüwer gratuliert zu den beiden Projekten.

Herr Goldbach erinnert an eine Vorlage, die im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden sei, in der es um den Übergang von Jugendzentren auf freie Träger gegangen sei. Ziel sei es gewesen, pro Stadtbezirk noch eine kommunale Einrichtung zu behalten. Er berichtet über die bisherige Umsetzung der Maßnahmen. Nach erfolgter Umsetzung seien dann auch voraussichtlich wieder externe Besetzungen in kommunalen Jugendzentren möglich.

Herr Strüwer merkt an, dass das ein wichtiger Hinweis sei.

Herr Steuber berichtet von der Entwicklung einer kooperativen Suchtberatung (**siehe Anlage zu TOP 1**).



Er weist auf eine Veranstaltung hin, die am 27. und 28. November stattfindet. Man habe ein Gemeinschaftsprojekt ins Leben gerufen, bei dem es um elterliche und professionelle Präsenz im Erziehungsalltag gehe. Am 27. November werde der Oberbürgermeister zusammen mit dem Polizeipräsidenten den offiziellen Teil der Veranstaltung eröffnen. Im März 2014 werde die Veranstaltungsreihe fortgesetzt.

Herr Strüwer weist in Stellvertretung von Frau Burghardt auf eine weitere Veranstaltung hin. Der Kinderschutzbund Hagen feiere am 04. Dezember sein 40jähriges Bestehen im Sparkassenkarree. Dazu werde herzlich eingeladen.

Frau Burg-Ahrendt berichtet von einem Theaterstück mit dem Namen „Die Erinnerung bleibt“. Das sei in verschiedenen Städten erfolgreich aufgeführt worden. Wegen der großen Nachfrage gebe es in Hagen im Kultopia eine zusätzliche Ausführung am 23. November.

Eine weitere Veranstaltung stelle sie als Vertreterin der AG 1 vor. Der Titel dieser Veranstaltung laute „Ist Jugendarbeit unbezahlbar?“. Sie lädt die Ausschussmitglieder herzlich ein, die Veranstaltung am 19. November zu besuchen.

Herr Strüwer zieht das Fazit, dass die Jugendarbeit in Hagen immer noch attraktiv sei für junge Leute und eine kontinuierliche Förderung unabdingbar sei.

3. Anliegen der Jugendräte

Frau Haxhnikaj und Frau Zejewski berichten von den zahlreichen Aktivitäten der Jugendräte.

Unter anderem sei der Besuch des EU-Parlamentes in Brüssel sehr interessant und erfolgreich gewesen.

Für die nächste Sitzung des Jugendrates habe man eine aktuelle Präsentation der Jugendräte in Hagen vorbereitet.

4. Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2014/2015 und des Haushaltssicherungsplans 2014/2015

Anlage: Auszug für die Beratung im Jugendhilfeausschuss

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer begrüßt Frau Walter und Frau Reimann zu diesem Tagesordnungspunkt.



Frau Walter gibt einen Einstieg in den Haushaltsplanentwurf.

Herr Steuber führt durch die verschiedenen Teilpläne und erläutert die Inhalte.

Herr Fischer möchte wissen, ob die Steigerung der Personalaufwendungen im Haushaltsplanentwurf bei den Transferleistungen berücksichtigt worden seien.

Herr Goldbach antwortet, dass das nicht der Fall sei. Die Förderbeträge seien im Jugendförderplan festgelegt und würden nicht dynamisiert. Zukünftig werde man das gegebenenfalls berücksichtigen müssen.

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschluss:

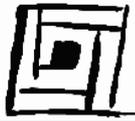
Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2014/2015 zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



Im Anschluss nimmt der Jugendhilfeausschuss den Haushaltssicherungsplan 2014/2015 zur Kenntnis und berät über die einzelnen Maßnahmen.

1. Maßnahme 14_GWH.001 – Reduzierung der Miete an GWH (Bauunterhaltung)

Herr Steuber erläutert die Maßnahme.

Herr Dr. Schmidt ergänzt die Ausführungen.

Frau Köppen erklärt, dass sie diesen Konsolidierungsvorschlag ablehnen möchte. Wenn man sich den Zustand der kommunalen Gebäude anschaut, sei das unwirtschaftlich gedacht.

Herr Strüwer sieht keine Alternative, diesen Einsparungsbetrag an anderer Stelle einzusparen. Er erläutert die Zwangslage der Stadt, einen bestimmten Betrag einsparen zu müssen, um Mittel aus dem Stärkungspakt vom Land zu bekommen. Auch seien in den vergangenen Jahren erhebliche Sanierungsmaßnahmen realisiert worden.

Er formuliert den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Reduzierung der Miete an die GWH für die Bauunterhaltung zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2	1	
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 1

Enthaltungen: 0



2. Maßnahme 14_FBOB.007 – Zusammenlegung Jugendhilfe- und Sozialausschuss

Herr Strüwer berichtet, dass eine Maßnahme von der Verwaltung zurückgezogen worden sei. Dabei sei es um die Zusammenlegung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses gegangen. Diese Maßnahme sei rechtlich schwierig zu realisieren und sei aus diesem Grund von der Verwaltung zurückgezogen worden.

3. Maßnahme 14_55.001 – Erhöhung KiTa und Tagespflege um 10 % bzw. Heranziehung Geschwisterkinder 25 % (ohne OGS)

In Bezug auf die weiteren Haushaltssanierungsmaßnahmen, die sich auf die Erhöhung der Elternbeiträge in Kitas und im Offenen Ganztage beziehen, berichtet Herr Strüwer über ein Gespräch, das am gestrigen Tag zwischen den Fraktionen stattgefunden habe. Man habe sich darauf verständigt, diesbezüglich alternative Einsparmöglichkeiten zu finden. In der morgigen Sitzung des Rates würden die Erhöhungen durch die Fraktionen nicht mitgetragen. Stattdessen würden andere Vorschläge gemacht, die nicht den Bereich der Jugendhilfe betreffen.

Auch im zuvor stattgefundenen Unterausschuss habe man den Empfehlungsbeschluss gefasst, die beiden Maßnahmen abzulehnen.

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Erhöhung der Elternbeitragsstaffel um 10 % und den Fortfall der bisherigen Geschwisterkindregelung durch eine 25 %ige Heranziehung der Geschwisterkinder ab.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		



Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

4. Maßnahme 14_48.002 – Erhöhung Elterbeiträge OGS

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss lehnt die Erhöhung der Elternbeiträge für die Betreuung im Offenen Ganztage ab.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer leitet über zu dem Themenbereich, der sich damit beschäftigt, wie es in der finanziellen Entwicklung in den vergangenen Jahren aussehe. Wo stehe Hagen mit seinen Beitragsstaffeln im Vergleich zu den Nachbarstädten? Welche Lösungsmöglichkeiten könnte es in dem Bereich geben?

Er habe in Absprache mit der Verwaltung darum gebeten, bestimmte Rechnungsmodelle vorzubereiten.

Herr Uhlenbrock weist darauf hin, dass ein Blatt der übersandten Anlagen ausgetauscht werden müsse (**siehe neue Version der Anlage I.1 zu TOP 4**).

Er kommt der Bitte des Vorsitzenden nach und erläutert die übersandten Rechnungsmodelle.

Herr Strüwer nimmt dazu Stellung.

Frau Timm-Bergs erklärt, dass es ihr schwer falle, einen Prüfauftrag an die Stadt zu erteilen, bei dem am Ende ja doch wieder nur als Ergebnis eine Erhöhung der Beiträge stehen könne. Das sei ihrer Meinung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwingend notwendig.

Herr Strüwer ist froh, dass man nun losgelöst vom bestehenden Konsolidierungsdruck diskutieren könne. Im Gegensatz zu Frau Timm-Bergs sei er der Meinung, dass es sehr wohl wichtig sei, sich unter sachlichen und fachlichen Gesichtspunkten damit zu beschäftigen. Im OGS-Bereich gebe es bereits jetzt massive finanzielle Probleme, die sich negativ auf die Betreuungsqualität auswirke.

Herr Reinke spricht sich auch dafür aus, dass man sich Anfang des nächsten Jahres mit der Problematik befasse.

Frau Klos-Eckermann erklärt, sie könne die Bedenken von Frau Timm-Bergs verstehen. Sie sei aber auch der Meinung, dass man sich mit dieser Materie dringend befassen müsse. Man solle gelassen daran gehen. Diese Problematik müsse nicht unbedingt bis zum Beginn des nächsten Kindergartenjahres am 01.08.2014 gelöst werden.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass man keinen formellen Beschluss dazu fassen müsse. Er bietet an, das als Anregung mit in die Verwaltung zu nehmen und dann auf den Ausschuss zuzukommen.

Herr Fischer bittet auch daran zu denken, dass nicht nur die Eltern belastet seien, sondern auch diejenigen, die diese Arbeit machten. Es müsse darum gehen, das in ein vernünftiges Verhältnis zu setzen. Darum sei es ja wohl in dem Vorschlag gegangen. Das sei Anfang des Jahres leistbar, um dann zu schauen, wo Steigerungen aufzufangen seien.



Frau Timm-Bergs kann sich mit dem Vorschlag von Herrn Dr. Schmidt anfreunden. Sie äußert ihre Bedenken, dass die soeben abgelehnten Maßnahmen dann im nächsten Jahr doch umgesetzt würden.

Frau Versteeg-Schulte weist darauf hin, dass man mit Blick auf das Kindergartenjahr zum 01.08.2014 frühzeitig damit beginnen müsse.

Herr Strüwer erklärt, man sei sehr unzufrieden mit der derzeitigen gesamten Finanzierungsentwicklung im Bereich OGS und Kitas. Es fielen ständige Kostensteigerungen an und das Land ließe die Kommune im Stich. Auch die Träger hätten zunehmend Probleme. Ziel müsse sein, diesen ganzen Themenkomplex aufzuarbeiten. Man könne die Verwaltung beauftragen, in Sachen Dynamisierung bezüglich der Beitragsstaffel im nächsten Jahr Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Strüwer formuliert einen Beschluss zu dem Tagesordnungspunkt und stellt diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die aktuelle und zukünftige Kosten- und Einnahmementwicklung in den Bereichen Kitas und OGS aufzuarbeiten und auf dieser Basis sozialverträgliche Vorschläge für eine Dynamisierung der OGS und Kita Beitragstabellen zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Herr Dr. Schmidt berichtet über den Stand der Projekte.

Frau Versteeg-Schulte ergänzt die Ausführungen.



**6. Masterplan Kultur
 Vorlage: 0849/2013**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Stein-Majewski erläutert den Masterplan Kultur.

Sie erklärt, dass man sich im Kultur- und Weiterbildungsausschuss im September dazu entschieden habe, den Begriff „Masterplan Kultur“ gegen den Begriff „Kulturentwicklungsplan“ zu ersetzen. Sie weist auf den ausgelegten Flyer hin, dem auch die neuen Termine des Prozesszeitraums zu entnehmen seien. Die Termine in der Vorlage seien überholt.

Eine Diskussion findet nicht statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kultur- und Weiterbildungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und unterstützt den Masterplan Kultur.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



7. **Bericht "Die Offenen Ganztagsgrundschulen in Hagen 2008-2012"**
Vorlage: 0684/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach sagt ein paar einführende Worte.

Frau Lünemann stellt den Bericht vor.

Herr Strüwer lobt den Vortrag. Er persönlich habe sich besonders für die inklusive Beschulung im Offenen Ganztage interessiert. In Kindertagesstätten gebe es dafür Zusatzkräfte und Personalbemessungsgrundlagen, um dort Kinder mit Behinderungen besser zu unterstützen. Das würde im Zusammenhang mit OGS überhaupt nicht bedacht. Es werde deutlich, wie notwendig es sei, in der Zukunft auch an finanziellen Stellschrauben zu drehen.

Frau Klos-Eckermann macht deutlich, wie begeistert sie von dem Bericht sei. Besonders imponiere ihr die Qualitätssteigerung im Laufe der Jahre. Es sei beeindruckend, wie sich der Offene Ganztage von einer Betreuungssituation hin in eine Bildungssituation entwickelt habe.

Herr Strüwer bedankt sich für den Vortrag und wünscht alles Gute für die weitere Arbeit. Er stellt fest, dass der Bericht als Beschlussvorschlag lediglich eine Kenntnisnahme beinhaltet.

Beschluss:

Der Bericht „Die Offenen Ganztagsgrundschulen in Hagen 2008-2012“ wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

8. **Rahmenkonzeption zur "Inklusion in den Hagener Kindertageseinrichtungen"**
Vorlage: 1014/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack stellt die Rahmenkonzeption zur „Inklusion in den Hagener Kindertageseinrichtungen“ vor.

Herr Strüwer erinnert daran, dass auch von einer sozialräumlichen Ausrichtung die Rede gewesen sei. Sei es so, dass man sich in den einzelnen Sozialräumen auf be-



stimmte Beeinträchtigungen spezialisiere? Das habe doch einige Vorteile. Auch in Bezug auf die Finanzierung der Einrichtungen sei das ein ganz wesentlicher Bestandteil.

Frau Haack bejaht die Frage von Herrn Strüwer.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Rahmenkonzeption zur „Inklusion in den Hagener Kindertageseinrichtungen“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der AG 3 nach § 78 SGB VIII Detailkonzepte zu den in der Rahmenkonzeption genannten Bausteinen zu entwickeln und dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorzulegen.
3. Eine erste Berichterstattung erfolgt im Sommer 2014.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

9. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18:00 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin